

## **Petition vom 30. März 2013 für eine attraktive Zu(g)kunft in der Ostschweiz**

Die Ostschweizer Sektionen des VCS Verkehrsclub der Schweiz (GL, GR, SG-AP, SH, TG und ZH), der VCL Verkehrs-Club Liechtenstein, die IGöV Ostschweiz (Interessengemeinschaft öffentlicher Verkehr Ostschweiz) und Pro Bahn Ostschweiz bitten die Ostschweizer Regierungs-Konferenz (ORK) der Kantone Glarus, Schaffhausen, Appenzell A.Rh., Appenzell I.Rh., St. Gallen, Graubünden und Thurgau und ihre Regionalkonferenz öffentlicher Verkehr Ostschweiz (RöV) um folgendes:

Die laufenden Angebots- und Ausbauplanungen für die Ostschweiz und die Bodenseeregion sind wirksamer zu koordinieren und zu fördern. Dazu werden gemeinsam kurz-, mittel- und langfristige Ziele und Positionen erarbeitet und fortgeschrieben wie in der Broschüre „schneller – häufiger – direkter“ der RöV aus dem Jahr 2001.

Mit Konzepten für den Gesamt- und für den Bahnverkehr ist ein möglichst grosser Anteil des Güter- und Personenverkehrs von der Strasse auf die Bahn zu verlagern. Besonders zu fördern ist der Bahnverkehr über die Landesgrenzen.

Im Güterverkehr ist für genügend Lärmschutz am Rollmaterial (Güterwagen und Lokomotiven), für ausreichende Trassen, für Anschlussgleise, Container-Terminals und andere Anlagen zu sorgen.

Im Personenverkehr sind S-Bahnen und Schnellzüge im Halbstundentakt notwendig sowohl innerhalb der Ostschweiz wie auch in die und aus den Nachbarregionen. Zu forcieren ist vor allem das „Ostschweizer-Bahn-Y“ mit umsteigefreien Schnellzugsverbindungen auf der Linie Schaffhausen-Singen-Konstanz-Romanshorn-Arbon-Rorschach-Buchs-Sargans-Landquart-Chur.

Der Tarifverbund „Ostwind“ ist durch weitere Angebote enger mit den Verkehrs- und Tarifverbänden der Nachbarregionen zu verknüpfen. Das gilt auch für weitere Angebote, welche in der ganzen Bodenseeregion gelten.

Für diese Ziele im öffentlichen Verkehr sollen die Kantone innerhalb und ausserhalb der Ostschweiz öffentlich werben. Die gemeinsamen Positionen für Planung, Finanzierung und Bau sollen in den für die Bahnpolitik zuständigen Behörden und Verbänden der Schweiz und der Nachbarländer gefördert und verteidigt werden.